



Pressemitteilung

30. Januar 2004

Kampagne „Leben ohne Rassismus – Antidiskriminierungsgesetz jetzt!“ übergibt gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di sowie Lesben- und Schwuleninitiativen gesammelte Unterschriften an die Bundesregierung

Die Bundesregierung hat die Chance vertan, 2003 zu einem entscheidenden Jahr für mehr Gleichberechtigung aller in Deutschland lebenden Menschen zu machen. Die Vorgaben der Europäischen Union, auch in Deutschland endlich ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz zu erlassen, wurden im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten in keinsten Weise erfüllt.

Aus diesem Grunde hat sich die Kampagne der Antidiskriminierungsbüros in NRW mit der Gewerkschaft ver.di, der Lesbian and Gay Liberation Front (lgf) und dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), die alle Unterschriften für ein Antidiskriminierungsgesetz gesammelt haben, zusammengeschlossen, um dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesjustizministerium (BMJ) Alfred Hartenbach über 15.000 Unterschriften zu übergeben. Damit soll unterstrichen werden, dass der Schutz vor Diskriminierung gleich welchen Grundes ein zentrales Anliegen für die Menschenrechte in Deutschland ist.

Die Übergabe der Unterschriften stellt für die Kampagneninitiatoren lediglich einen Zwischenschritt dar. Im Einsatz für ein Antidiskriminierungsgesetz wird gleichwohl nicht vergessen, dass die Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien keinerlei Verbesserungen für die Situation der in Deutschland lebenden Flüchtlinge, AsylbewerberInnen und EinwohnerInnen, deren Aufenthaltstatus im Ausländergesetz geregelt ist, bedeuten.

Denn die EU-Richtlinien klammern die Ungleichbehandlung aufgrund des Aufenthaltstatus und der Staatsangehörigkeit explizit aus. Zudem bleiben willkürliche Abschiebungen, die menschenunwürdige Praxis aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Ausschluss vieler in Deutschland lebenden Menschen von Bürgerechten somit bestehen.

Die Antidiskriminierungsbüros in NRW fordern, sowohl die Unterscheidungsmerkmale Aufenthaltsstatus und Nationalität bei der Umsetzung der EU-Richtlinien einzubeziehen als auch oben genannte strukturelle Diskriminierungen zu beseitigen.

agisra Köln e.V. Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung; Antidiskriminierungsbüro (ADB) Köln./Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.; Antidiskriminierungsbüro Aachen (Pädagogisches Zentrum Aachen e.V.); Antidiskriminierungsbüro – Lippe/ Friedensbüro e.V.; Antidiskriminierungsbüro Siegen; Antirassistisches Telefon Duisburg; ARIC-NRW e.V.; Diakonie in Düsseldorf/Treffpunkt Reisholz; Düsseldorfer Appell gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus; Interkulturelles Solidaritätszentrum e.V./Anti-Rassismus-Telefon Essen; Internationales Migrantenzentrum der Arbeiterwohlfahrt UB GE/BOT; IZ (Internationales Bürgerzentrum) der AWO-Moers; Planerladen e.V. Dortmund; Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz

Kontakt:

Susanne Laaroussi, ADB Köln, 0221 279 36 88, oegg@netcologne.de
Hartmut Reiners, ARIC-NRW e.V., 0203 93 51 570, reiners@aric-nrw.de